

Samenspende: Ärzte stellen grosses Interesse fest

Fast zwei Drittel des Volks sagen Ja zur «Ehe für alle» – und damit zur Samenspende für lesbische Paare. Die Leihmutter kommt derweil für Justizministerin Karin Keller-Sutter weiterhin nicht infrage.

Kari Kälin

BERN. Kein Stadt-Land-Graben und ein deutliches Ja: 64,1 Prozent der Stimmbürger und sämtliche Kantone haben gestern der «Ehe für alle» zugestimmt. Im Lager der Befürworter herrschte eine ausgelassene Stimmung. «Das ist ein historischer Tag», sagt Michel Rudin, Co-Präsident des Schwulerverbandes Pink Cross. «Das Ja ist ein grosses Signal, dass unsere Partnerschaften gleichwertig sind und der Schutz unserer Kinder gewährleistet ist», sagte Maria von Känel, Geschäftsleiterin des Dachverbandes Regenbogenfamilien. Einige Abstimmungssieger zogen, beflaggt mit Regenbogenfahnen, jubelnd am Bundeshaus vorbei.

Die «Ehe für alle» wird gemäss Justizministerin Karin Keller-Sutter am 1. Juli nächsten Jahres in Kraft treten. Neu dürfen homosexuelle Paare gemeinschaftlich ein Kind adoptieren, und lesbische Paare erhalten Zugang zur Samenspende. Die SN liefert Antworten auf fünf wichtige Fragen.

1 Gibt es einen Ansturm von lesbischen Paaren auf Samenbanken?

In der Schweiz gibt es 8 Kliniken, die Paaren bei Unfruchtbarkeit mittels Samenspende helfen, Eltern zu werden. Professor

Christian De Geyter, Chefarzt für Reproduktionsmedizin am Universitätsspital Basel, geht davon aus, dass das Universitätsspital Basel pro Jahr etwa 100 lesbische Paare mit Kinderwunsch behandeln wird. Peter Fehr, Facharzt für Gynäkologie am Kinderwunschzentrum OVA IFV in Zürich, rechnet damit, dass er und sein Team jährlich rund 30 lesbische Paare betreuen werden. Die Klinik Fertisuisse in Olten hat bis jetzt jährlich etwa 20 bis 30 lesbische Frauen beraten, die nachher für eine Samenspende ins Ausland fahren. Ärztin und Fertisuisse-Gründerin Anna Raggi kann sich vorstellen, dass sie in ihrer Klinik nach der Zustimmung zur «Ehe für alle» mehr lesbische Frauen behandeln wird. Sie vermutet jedoch, dass sich weiterhin einige Frauen ins Ausland begeben werden. Dort dürfen sie teilweise – anders als in der Schweiz – den Samenspender selber auswählen.

2 Wie viele lesbische Frauen sind bis jetzt ins Ausland ausgewichen?

Forscherinnen der Universität Bern konnten dokumentieren, dass im Jahr 2019 zehn lesbische Frauen zwecks Samenspende ins Ausland gereist sind, wobei die Spender nicht immer bekannt waren. Die Dunkelziffer dürfte hoch sein.



Die Operation Libero inszeniert mit Brautpaaren eine Ehe für alle, am Sonntag, 26. September 2021, in Bern. BILD KEY

3 Wer kommt als Samenspender infrage?

Spender müssen laut Gesetz aus medizinischen Gesichtspunkten sorgfältig ausgewählt werden. Faktisch kommen gesunde Männer im Alter von 20 bis 40 Jahren mit guter Spermienqualität infrage. «Oft haben sie selber keine Kinder», sagt Peter Fehr. Die behandelnde Ärztin oder der behandelnde Arzt achtet bei der Auswahl der Samenzellen auf äussere Ähnlichkeiten (Augenfarbe, Haarfarbe) mit dem rechtlichen Vater. Die Eltern ihrerseits haben in der Schweiz nicht

das Recht, quasi wie in einem Katalog den Spender zu wählen – anders als im Ausland, zum Beispiel in Dänemark.

4 Wollen viele homosexuelle Paare ein Kind adoptieren?

Das Interesse an der gemeinschaftlichen Adoption scheint sich in Grenzen zu halten. Karin Meierhofer, Geschäftsleiterin des Vereins Pach, Pflege- und Adoptivkinder Schweiz, der einzigen vom BJ akkreditierten Vermittlungsstelle für Inlandsadoptionen in der deutschen Schweiz, schätzt, dass

VIDEO Interviews mit den Gewinnern und Verlierern unter www.shn.ch/click

sich 2021 rund zehn homosexuelle Einzelpersonen oder Paare danach erkundigt haben, wie ein Adoptionsverfahren abläufe. Zudem sind bei Pach geringfügig mehr Anfragen für Teilnahmen an Informationsveranstaltungen und Vorbereitungskursen eingegangen. Pach weist immer alle Interessierten – unabhängig von der sexuellen Orientierung – darauf hin, dass die Chancen zur Adoption eines in der deutschen Schweiz geborenen Kindes gering sind. Gleichzeitig sinkt weltweit die Zahl der Kinder, die einer Adoption bedürfen.

5 Kommt jetzt die Leihmutter infrage?

Die Gegner der «Ehe für alle» sprechen von «Salamitaktik» und befürchten das. Anian Liebrand vom Nein-Komitee kündigte an, entsprechende Bemühungen zu bekämpfen. Die Jungfreisinnigen haben sich in einem Positionspapier bereits für die Leihmutter infrage ausgesprochen. In der Schweiz ist diese jedoch auf Verfassungsebene verboten. Es bräuchte eine Volksabstimmung mit Ständemehr, um das zu ändern. Justizministerin Karin Keller-Sutter lehnt die Leihmutter infrage ab. «Ich sehe keinen Spielraum. Es stellen sich schwierige ethische Fragen», sagte sie gestern vor den Medien. Es bestehe etwa die Gefahr, dass Frauen ausbeutet würden. In der Realität lassen bereits heute Schweizer Paare im Ausland mithilfe einer Leihmutter ein Kind austragen. Gemäss einem Gutachten der Universität Bern wurden bis im Oktober 2020 bei den Schweizer Behörden 42 Kinder gemeldet, die 2019 durch Leihmutter geboren wurden. Bei 26 davon waren die Eltern ein heterosexuelles Paar. Eine Anerkennung beider Partner als Eltern eines Kindes aus einer Leihmutter infrage ist für gleich- und verschiedengeschlechtliche Paare schon heute möglich. Allerdings ist das mit grossem Aufwand verbunden.

«Ehe für alle»: Klares Ja im Kanton Schaffhausen

Die Öffnung der Ehe ist in der Mitte der Schaffhauser Gesellschaft ankommen. Mit Ausnahme von Oberhallau haben alle Gemeinden des Kantons der Vorlage zugestimmt. Die Gegner waren teilweise sehr enttäuscht.

Andrea Tedeschi

SCHAFFHAUSEN. Eigentlich hätte man eine so deutliche Zustimmung zur «Ehe für alle» erwarten können. Die Abstimmungsumfragen hatten eine Mehrheit von über 60 Prozent vorausgesagt. Dennoch überwog in den letzten Tagen auf den sozialen Medien die Unsicherheit, dass es doch noch anders kommen könnte.

Die Befürchtungen waren jedoch unbegründet. Alle Kantone, selbst die ländlichen, haben der «Ehe für alle» zugestimmt, so auch fast alle Gemeinden in Schaffhausen – mit Ausnahme von Oberhallau. Der Kanton liegt mit 65,2 Prozent sogar über dem nationalen Durchschnitt – mit einer Stimmbeteiligung von 70,41 Prozent.

Gross war die Freude vor allem bei den Befürwortern. «Ich habe immer gesagt, dass es eine Zustimmung von 60 Prozent geben wird», sagte Hermann Schlatter, SVP-Präsident der Stadt Schaffhausen und Mitglied des überparteilichen bürgerlichen Ja-Komitees. «Die Schaffhauser sind so aufgeschlossen, dass sie sich von der despektierlichen Gegenkampanie

nicht haben einhüllen lassen.» Sogar konservative Kreise hätten eingesehen, dass die Schweiz mit einer Samenspende nicht untergehe. Vor allem könne jetzt garantiert werden, dass die Rechte der Kinder besser geschützt seien.

Martina Munz, Schaffhauser SP-Nationalrätin und Mitglied des linken Schaffhauser Ja-Komitees sagte: «Für einen konservativen Kanton wie Schaffhausen ist das ein sehr gutes Resultat.» Es zeige, dass ein Wandel in der Bevölkerung stattgefunden habe und die Argumente der Freikirchen nicht durchgedrungen seien. «Gerade aus den christlichen Werten heraus sollte man eine Gesellschaft ohne Diskriminierung erwarten können.»

Offene Fragen bleiben

Umsso enttäuschter waren die Gegner. «Natürlich mussten wir mit einem Nein rechnen», sagte Erwin Sutter, Vorstandsmitglied der EDU Kanton Schaffhausen. «Aber wir dachten, dass noch mehr Gemeinden die Vorlage ablehnen würden.» Das Resultat sei eine Katastrophe für die Schweiz. «Da ist doch kein von der despektierlichen Gegenkampanie

wenn man sich so gegen Gottes Willen entscheidet.»

Auch sein Parteikollege und Vizepräsident Andreas Schnetzler konnte sich nicht wirklich erklären, warum das Nein-Komitee in den ländlichen Gemeinden nicht mehr mobilisieren konnte. Ihre eigene Plakatkampagne mit der traditionellen Familie hat in der Region mehr polarisiert als die nationalen Plakate mit dem schreienden Baby. Er sagte: «Vielen Menschen war offenbar nicht klar, dass die «Ehe für alle» auch die Samenspende und die Adoption beinhaltet.» Dass die Öffnung der Ehe nur eine Gesetzesänderung und keine Änderung der Bundesverfassung bedingte, sei wohl ein weiterer Grund gewesen. Er fragt sich, wie sich die Reformierte Kirche nun als Nächstes verhalten werde: ob sie die Segnung durchsetzen oder jedem Pfarrer es selbst überlässt, ob er homosexuelle Paare trauen will? Die katholische Kirche hatte eine Trauung bereits abgelehnt.

Das fragt sich auch Hugo Bosshart, Präsident der EVP Chläggi und EVP Kanton Schaffhausen. Er sagte: «Die



«Die Schaffhauser sind so aufgeschlossen, dass sie sich von der despektierlichen Gegenkampanie nicht haben einhüllen lassen.»

Hermann Schlatter Mitglied überparteiliches bürgerliches Ja-Komitee «Ehe für alle»

reformierte Kirche wird immer beliebiger. Sie richtet sich nach der Gesellschaft aus und nicht mehr nach dem Wort Gottes.» Er könne den Entscheid des Stimmbölkers aber respektieren, denn so sei Demokratie. «Als überzeugter Christ engagiere ich mich dort, wo es Veränderungen gibt, die nicht meinem Weltbild entsprechen.» Doch das brauche mehr Mut, als immer nur Ja zu sagen. «Unbestritten ist, dass man den homosexuellen Paaren eine Form hätte anbieten müssen, dass auch sie eine Ehe hätten leben können.» Er hatte die gleichgeschlechtliche Partnerschaft unterstützt. Eine Grenze überschritten hat die Samenspende, aber nicht nur für lesbische Paare. «Ich war schon bei den heterosexuellen Paaren dagegen, dass sie über eine Samenspende Kinder zeugen können.» Er glaubt, dass die Sache noch nicht zu Ende sei. «In sieben Jahren werden wir über die Leihmutter infrage abstimmen.»

Anders sieht das Martina Munz. «Mit dem Fortpflanzungsgesetz haben wir 2001 die Samenspende angenommen, die Eizellenspende und Leihmutter infrage aber abgelehnt.»

Die Ehe für alle: Eine amerikanische Erfolgsgeschichte

2015 kassierte der Supreme Court in Washington lokale Verbote homosexueller Ehen. Sechs Jahre später haben sich in Amerika rund 570 000 Paare getraut.

Renzo Ruf

WASHINGTON. Es ist nicht lange her, da konnte die Unterstützung der gleichgeschlechtlichen Ehe in Amerika noch eine Karriere zerstören. So verlor Marsha Ternus, die Vorsitzende Richterin am Supreme Court im Bundesstaat Iowa, im Jahr 2010 ihren Posten – weil sie Teil der «arroganten Elite» sei, die eine Ehe für alle auf dem Rechtsweg eingeführt hatte. «Die moralische Mehrheit hat gesprochen», sagte ein religiöser Aktivist nach der Abwahl von Richterin Ternus.

Allein: Beim Blick zurück erweist sich der Triumph der religiösen Aktivisten in Iowa nicht als Kehrtwende in der Debatte um die Rechtmässigkeit gleichgeschlechtlicher Ehen – sondern als das letzte Gefecht der Gegner. Denn fünf Jahre später kippte das höchste amerikanische Gericht sämtliche Verbote, die

schwule und lesbische Paare daran gehindert hatten, sich trauen zu lassen. Und seither gilt die Frage, die einst Demokraten und Republikaner (aus unterschiedlichen Gründen) Kopfzerbrechen bereitete, als geregelt.

So unterstützen aktuell gegen 70 Prozent der Amerikanerinnen und Amerikaner die Ehe für alle. Nur gerade 29 Prozent finden, dass die Eheschliessungen von gleichgeschlechtlichen Paaren

stark an Brisanz verloren. So sagen nun 55 Prozent der selbstdeklarierten Republikaner, sie unterstützen die Ehe für alle. Offiziell steht die Partei allerdings immer noch für die «traditionelle Ehe» zwischen «einem Mann und einer Frau» ein, wie im Wahlprogramm der Republikaner nachzulesen ist.

Erklären lässt sich dieser Meinungsumschwung wohl am besten mit der Tatsache, dass homosexuelle Lebensgemeinschaften nicht mehr ungewöhnlich sind. Die nationale Volkszählungsbehörde schätzt die Zahl der gleichgeschlechtlichen Ehen auf rund 570 000, wobei es leicht mehr lesbische Paare gibt als schwule. Hinzu kommen 412 000 homosexuelle Menschen, die ohne Trauschein zusammenleben.

Zum Vergleich: Insgesamt sind in Amerika gegen 58,4 Millionen Menschen verheiratet. Diese Zahlen sind mit einer gewissen Vorsicht zu geniessen, wie die Volkszählungsbehörde einräumt; in Amerika existiert kein landesweites Verzeichnis sämtlicher Ehepaare. Weil die Eheschliessung traditionell in die Kompetenz der Bundesstaaten fällt, ist nicht einmal bekannt, wie viele Paare sich jedes Jahr in den USA trauen lassen.

Selbst unter republikanischen Wählerinnen und Wählern hat die Frage, ob Schwule oder Lesben heiraten können, stark an Brisanz verloren.

ren rechtlich nicht mit heterosexuellen Vermählungen gleichgestellt werden sollten. Innerhalb von elf Jahren nahm die Zustimmung für die Ehe für alle damit um 26 Punkte zu, wie das Meinungsforschungsinstitut Gallup im Juni herausfand.

Selbst unter republikanischen Wählerinnen und Wählern hat die Frage, ob Schwule und Lesben heiraten können,

Eidgenössische Abstimmungen Resultate Bezirk Andelfingen

	«Ehe für alle»		99-Prozent-Initiative		Stimmbeteiligung %
	Ja	Nein	Ja	Nein	
Adlikon	153	139	79	209	60,0
Andelfingen	605	345	272	662	62,5
Benken	189	144	75	256	57,7
Berg am Irchel	154	122	54	224	51,4
Buch am Irchel	256	171	88	333	59,1
Dachsen	521	258	236	534	58,0
Dorf	159	144	81	224	62,9
Feuerthalen	853	424	417	843	55,8
Flaach	317	253	137	431	58,8
Flurlingen	501	191	207	478	67,5
Henggart	585	416	249	745	62,5
Humlikon	115	93	41	152	60,3
Kleinandelfingen	489	319	226	556	55,1
Laufen-Uhwiesen	440	295	196	535	58,2
Marthalen	483	356	236	589	60,6
Ossingen	435	255	196	479	56,3
Rheinau	318	188	202	296	59,3
Stammheim	729	495	381	838	59,2
Thalheim an der Thur	211	152	105	262	55,0
Trüllikon	261	180	120	315	56,3
Truttikon	95	105	65	131	57,6
Volken	89	61	35	117	58,1

Eidgenössische Abstimmungen Resultate Thurgauer Gemeinden

	«Ehe für alle»		99-Prozent-Initiative		Stimmbeteiligung %
	Ja	Nein	Ja	Nein	
Basadingen	384	278	201	447	53,9
Berlingen	192	154	96	247	60,9
Diessenhofen	650	427	301	763	51,7
Ermatingen	658	446	324	770	53,4
Eschenz	370	285	170	479	53,6
Hüttwilen	379	300	165	510	57,5
Mammern	136	93	56	168	57,4
Neunforn	272	170	102	337	55,2
Salenstein	298	216	101	407	59,5
Schlatt	379	280	168	490	53,5
Steckorn	857	559	413	965	59,3
Wagenhausen	351	223	139	424	51,4
Total	4926	3431	2236	6007	55,6

Kommentar

«Ehe für alle»: Ein historischer und überfälliger Entscheid

Über 64 Prozent – so deutlich hat man das Ergebnis nach den letzten Umfragen zwar erwarten können. Dass aber alle und selbst die ländlichen Kantone der Öffnung der Ehe zustimmten, ist dennoch eine kleine Überraschung. Das Stimmvolk hat vollzogen, was in



Andrea Tedeschi Inlandredaktorin andrea.tedeschi@shn.ch

«Das Stimmvolk hat vollzogen, was in der Gesellschaft bereits Realität ist.»

der Gesellschaft längst Realität ist. Die Schweiz hat bestätigt, dass vor dem Gesetz alle gleich sind und die sexuelle Orientierung keine Rolle spielen darf. Die Öffnung der Ehe ist ein historischer und liberaler Entscheid. Er zeigt, dass die Schweiz mit der Zeit gehen und sich wandeln kann. Bedenken der Gegner, die auf das Kindeswohl und besonders auf die Samenbank zielen, vermochte eine Mehrheit

nicht zu überzeugen. Es leuchtete nicht ein, dass diese Wunschkinder benachteiligt sein sollten, nur weil sie ohne Vater aufwachsen, nicht aber jene Kinder, die nach einer Scheidung nur bei einem Elternteil leben. Auch überzeugte nicht, dass von der sozialen und wirtschaftlichen Absicherung nicht alle profitieren sollten: Partner und Kinder. Dennoch zeichnet sich die nächste gesellschaftspolitische Debatte bereits ab. Gestern haben einige Befürworter die Leihmutter infrage gefordert, obwohl sie im Abstimmungskampf behaupteten, das sei nicht vorgesehen. Das haben die Gegner befürchtet. Eine Leihmutter infrage wird es jedoch nicht so einfach haben wie die «Ehe für alle». Das Schweizer Stimmvolk hat die Samenspende für heterosexuelle Ehepaare im Jahr 2001 mit dem Fortpflanzungsgesetz bereits angenommen. Der Weg für homosexuelle Ehepaare war geebnet, die Diskussionen zu ihrem Vorteil geführt. Bei der Eizellenspende und der Leihmutter infrage ist es komplizierter, denn sie stellt höhere ethische Anforderungen. Es ist eine Debatte, die bisher nicht geführt worden ist, aber auf die wir uns offensichtlich einstellen müssen.